

Obwohl der Text auch eine Reihe von argumentativen Lichtblicken enthält, reichen diese nicht aus, um den wenig soliden Gesamteindruck der Monographie zu korrigieren: Insgesamt wird die Untersuchung der Komplexität des behandelten Themas nicht gerecht; weder eignet sie sich als Einstieg in die Problematik, noch vermag sie einem Kenner der Materie nennenswerte zusätzliche Einblicke zu vermitteln.

Karl-Dieter Hoffmann

Otto Luchterhandt (Hrsg.)

Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS: Probleme der Ausbildung stabiler Machtinstitutionen

Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin, 1996, DM 78,--

(Osteuropaforschung, Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropa, Bd. 37)

Mit dem Kollaps des Systemmodells kommunistischer Einparteiensstaat in Osteuropa ist die nach dem Auseinanderbrechen der formalen Bundesstaaten Sowjetunion, Jugoslawien und Tschechoslowakei stark angewachsene Staatenfamilie im ehemaligen geopolitischen Einflußbereich der UdSSR dem westlichen Modell des demokratischen Verfassungsstaates nähergerückt. Die Probleme des gleichzeitigen Ablösungs- und Annäherungsprozesses der alten und neuen Staaten spiegeln sich in den Herausforderungen, die an die Beobachter und Kommentatoren des Wandels gestellt sind: Gefragt ist nicht mehr nur auf Sprach- und Landeskunde gestütztes Insiderwissen, sondern auch theoretische Tiefe in der Systemvergleichung.

Das Buch, das die Beiträge einer Tagung der Fachgruppe Politikwissenschaft der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde vom November 1994 zusammenfaßt, versucht eine Bestandsaufnahme, wie die Staaten Osteuropas und der früheren Sowjetunion die Transformation ihrer politischen Systeme bewältigt haben. Der Untertitel verschleiert zum Teil das Problem: Stabile Machtstrukturen hat es vor der weitgehend überraschenden Wende in Osteuropa zweifelsohne gegeben; zu fragen wäre, wie weit die Herausbildung demokratischer Strukturen bislang gelungen ist.

Aufgrund der offensichtlichen Präferenz in Osteuropa, dem Staatspräsidenten eine starke Rolle zuzubilligen, handelt es sich eigentlich um ein Buch über Präsidentialismus, denn fünf der insgesamt sieben Beiträge widmen sich ausschließlich oder wesentlich diesem Phänomen. *Winfried Steffani* legt in einem theoretischen Beitrag (Parlamentarisch-präsidentielle "Mischsysteme"? Bemerkungen zum Stand der Forschung in der Politikwissenschaft) seine Auffassung einer Zwei-Formen-Lehre dar, in deren Mittelpunkt er die Möglichkeit der Abberufung der Regierung durch das Parlament aus politischen Gründen als primäres Unterscheidungskriterium von parlamentarischen und präsidentiellen Regierungssystemen stellt und konsequenterweise die Einordnung als präsidentiell-parlamentarische

Mischsysteme jeglicher Art und Begrifflichkeit ablehnt. Für *Georg Brunner* (Präsident, Regierung und Parlament: Machtverteilung zwischen Exekutive und Legislative) wird dieser vereinfachende Theorieansatz der Vielfalt der Variationsmöglichkeiten im Untersuchungsraum nicht gerecht, so daß er eine dreigliedrige Typologie entwirft und hierbei die Mischsysteme nochmals in parlamentarisch-präsidentielle und präsidentiell-parlamentarische unterteilt.

In seiner Analyse der Nachfolgestaaten der Sowjetunion (Präsidentialismus in den GUS-Staaten) untersucht *Otto Luchterhandt* den Demokratiegehalt des osteuropäischen Präsidentialismus, eine Fragestellung, die sicherlich ebenso bei der Betrachtung von Kroatien und Serbien und wohl auch von Rumänien und der Slowakischen Republik angebracht wäre. Hierbei geht er zu Recht von der global vorfindbaren Unterscheidung von demokratischen und autoritären Präsidialsystemen aus, insoweit gegen Steffani, der den nicht-kommunistischen autoritären Präsidentialismus in Lateinamerika aus kaum nachvollziehbaren Gründen verharmlost. In einer weitgehend am politischen Tagesgeschehen orientierten Darstellung untersucht *Robert F. Furtak* das Verhältnis von Staatspräsident und Regierung in postsozialistischen Staaten. Angesichts der Vielzahl der Staaten wäre es begründungsbedürftig, warum er mit der Russischen Föderation, Polen und Kroatien drei Staaten mit nach eigener Aussage starker Präsidialgewalt und insofern systemverwandte Länder als Beispiel wählt. *August Pradetto* (Die neue Präsidentengeneration im Postkommunismus) untersucht schließlich auf zwei Stufen vorwiegend auf Grundlage biographisch-politischer Merkmale, ob sich erstens bestimmte Präsidententypen unterscheiden und diese sich zweitens nach regionalen Merkmalen verallgemeinern lassen. Ergänzend zu den genannten Beiträgen untersucht *Klaus Ziemer* Struktur- und Funktionsprobleme der Parlamente und *Leszek Lech Garlicki* als einziger Vertreter aus Osteuropa die Rolle der Verfassungsgerichte im politischen Prozeß.

Verschiedene Aspekte des Analyse der Regierungssysteme insbesondere im Hinblick auf die Begrifflichkeit und die konkrete Zuordnung der einzelnen Staaten zu Systemtypen werden in den einzelnen Beiträgen zwar kontrovers dargestellt, jedoch wurde die Chance einer Pointierung der eigenen Ansichten in der Phase bis zum Erscheinen des Buches nicht konsequent genutzt. Eine gewisse Übereinstimmung findet sich bei den Autoren im Hinblick auf ein regionales Gefälle, das Brunner zutreffend als historisch-kulturell bedingtes West-Ost- und Nord-Süd-Gefälle auf den Punkt bringt. Pradetto spielt dies vor dem Raster der Einstellung der Präsidenten zur nationalen Frage durch, wobei das wohl entscheidende Prägeelement, ob sich ein Staat aus einem Zwangsverband herauslösen muß oder nicht, freilich etwas in den Hintergrund gerät.

Überwiegend ist das Buch faktengeprägt und besitzt gerade auch aufgrund der zu einzelnen Beiträgen abgedruckten Anhänge einen hohen Informationswert. Zu begrüßen ist auch, daß "Randstaaten" in die Betrachtung einbezogen werden, wenngleich die ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten für EU und NATO sowie die Russische Föderation schwerpunktmäßig behandelt werden. Allerdings nimmt die Darstellung der jeweiligen (verfassungs-)rechtlichen Grundlagen der Tätigkeit der einzelnen Staatsorgane zuviel Raum ein,

zumal die Beiträge nicht immer aufeinander abgestimmt sind und somit zahlreiche Wiederholungen enthalten. Überhaupt stellt sich die Frage, welche Wichtigkeit die reine Faktenvermittlung heute noch haben kann angesichts des glücklichen Umstandes, daß Osteuropa weitgehend für Menschen und Massenmedien frei zugänglich geworden ist. Vor diesem Hintergrund ist ein gewisses Theoriedefizit nicht nur in einzelnen Beiträgen, sondern auch in der Gesamtkonzeption - wohl der Tagung - festzustellen. Es hätte sich angeboten, gegebenenfalls zu Lasten der (nur) faktenorientierten Beiträge einen demokratietheoretischen Beitrag und einen allgemeinen Beitrag zu Transformationstheorien unter vergleichender Einbeziehung autoritärer oder ehemals autoritärer Präsidialsysteme aufzunehmen. Zuweilen, auch dies betrifft die nicht immer gebotene Theorietiefe einzelner Beiträge, fällt ein gewisser Hang zu Selbstziten auf, wodurch die teilweise geringe Berücksichtigung der doch sehr umfangreichen einschlägigen Literatur in Ost und West nicht immer ausgeglichen werden kann.

Insgesamt handelt es sich um ein Buch, das den Blick schärft für Probleme von Selbstfindungsprozessen, nicht nur der Transformationsstaaten im Osten, sondern auch der Osteuropawissenschaft im Westen.

Oesten Baller

International Organizations and the Law of the Sea. Documentary Yearbook 1994

Issued by the Netherlands Institute for the Law of the Sea (NILOS), Vol. 10, 1994

Graham and Trotman / Martinus Nijhoff, London, 1996, 894 pp., £ 249.00

Alfred Soons und Barbara Kwiatkowska vom Niederländischen Seerechtsinstitut geben seit zehn Jahren die Dokumentation über seerechtliche Aktivitäten Internationaler Organisationen heraus. Der vorliegende 10. Band enthält die Ergebnisse des wichtigen Jahres 1994, in dem das neue UN-Seerechtsübereinkommen in Kraft trat.

Wie in früheren Bänden werden wichtige Dokumente im englischen Originaltext reproduziert, andere – aus Platzgründen – lediglich mit Titel und Fundstelle aufgelistet, insgesamt 258 Dokumente, davon 93 in voller Textlänge abgedruckt. Angesichts der Vielfalt, des Umfangs und vielleicht auch der unterschiedlichen Bedeutung der Dokumente ist diese selektive Vorgehensweise unumgänglich.

Eine wichtige Einschränkung liegt in der Ausrichtung auf die Vereinten Nationen und ihre Organisationen, d.h. seerechtliche Dokumente anderer internationaler Organisationen wie z.B. der Europäischen Union, der Helsinki-Kommission (für die Ostsee) oder der IOMAC (für den Indischen Ozean) findet man in dieser Dokumentation nicht.

Abgesehen von diesen notwendigen Einschränkungen bleiben für den Leser kaum Wünsche offen, denn das gesamte seerechtliche und meerespolitisch/wirtschaftliche Wirken der Familie der UN-Organisationen findet sich in selbständigen Kapiteln unterteilt nach UN-